Ich werde Ihr Schreiben meiner Regierung vorlegen und bin überzeugt, daß diese Ihrer Regierung durch den berufenen Vertreter des Deutschen Reiches, den Minister des Auswärtigen, die würdige Antwort geben wird auf dieses lächerliche Ansinnen, das eine alliierte Kommission einem deutschen General im Auslande stellen zu dürfen glaubt.

gez. Graf v. d. Goltz."

So unpolitisch wie das Schreiben des englischen Generals erscheint uns auch die deutsche Antwort. Es wäre von dem Grafen, der scheinbar noch immer nicht zu der Erkenntnis gekommen ist, daß wir den Krieg verloren haben, klüger gewesen, er hätte das beleidigende Schreiben der Regierung übermittelt und die Erwiderung mit ihr vereinbart. Es ist jedenfalls nicht anzunehmen, daß Deutschland sich wegen der baltischen Frage in irgendwelche internationalen Konflikte stürzen werde. Im Gegenteil, sie geht jetzt mit aller Strenge gegen die unbotmäßige deutsche Soldateska vor.

Aus Berlin wird gemeldet:

Die angekündigten schärfsten Maßnahmen der Regierung gegen die Truppen, die sich noch dem Abtransport aus dem Baltikum und Litauen widersetzen, sollen schon am 1. Oktober, wie die B. Z. am Mittag hört, in Kraft treten. Ein neues Ultimatum mit den äußersten Drohungen der Entente soll zu erwarten sein.

Haltloses Schwanken

Genosse Wissell schreibt im Vorwärts:

Beginnende Einsicht und kampfhafte Versuche eine Politik verfehlter Experimente zu stützen machen sich augenblicklich in jener bürgerlichen Presse geltend, die sich zur Zeit meines Rücktritts vom Amt des Reichswirtschaftsministers Oberhaupt der Feinde hingab, daß nunmehr wieder der freie Handel in seine alten Befugnisse eingesetzt werden würde. Die in den letzten zweieinhalb Monaten gemachten Erfahrungen reden auch eine gar zu deutliche Sprache. Wo wirklich volkswirtschaftliche Einsicht vorhanden ist, werden die Lehren aus diesen Erfahrungen gezogen, wo sie fehlt und doch ein unwiderstehliches Bedürfnis zum Schreiben über volkswirtschaftliche Dinge treibt, kommen geradezu mitleiderweckende Ergebnisse zutage. Nicht, daß die bessere Einsicht reihenweise die Tatsachen würdigen könnte — dem steht eine vorgefaßte Meinung entgegen —, aber es zeigt sich doch, daß die Erfahrungen nicht ganz ohne Einfluß auf die Haltung der Presse geblieben sind. Daß allerdings diese Erfahrungen der Presse recht „peinlich" sind, wird in ihr von volkswirtschaftlichen Wasserköpfen, offenbar unbedacht, ausgesprochen. Vor zwei Monaten wäre es undenkbar gewesen, daß im Berliner Tageblatt, wie es in Nr. 437 nun tatsächlich der Fall, Sätze wie die folgenden zu lesen gewesen wären:

„Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß wir auf eine Kontrolle unsres Außenhandels zur Zeit und für eine gewisse Zukunft noch nicht verzichten können. Dieser Einsicht verschließen sich nur ganz wenige Leute in Deutschland." „Wir haben gar nichts dagegen, daß die Einfuhr gewisser entbehrlicher, nur dem Luxuskonsum dienender Waren noch strenger als bisher kontrolliert, ja verhindert wird, und daß bei der Einfuhr von Halbfabrikaten das Einfuhrbedürfnis von Fall zu Fall geprüft werden muß, aber . . ."

„Dasjenige, was die Anhänger der Planwirtschaft den freien Handel nennen und was in Wirklichkeit gegenüber dem freien Handel der Friedenszeit noch ein stark kontrollierter Handel ist und sein muß . . ."

„Wir selbst haben wiederholt auf die schweren Bedenken hingewiesen, die grundsätzlich dem freien Devisenhandel entgegenstehen . . ."

„Die Freihandelsexperimente, die man jetzt mit dem Hafer und dem Leder gemacht hat, sind keineswegs sonderlich nach unserm Geschmack gewesen, und wir haben auf die Bedenken, die einer jähen Aufhebung der Regelung für solche Einzelprodukte entgegenstehen, welche aus einer zusammenhängenden Warengattung herausgegriffen sind, wiederholt hingewiesen. Die Regierung hat wohl, als sie sich zu diesen Experimenten entschloß, geglaubt, vor Weltmarktverhältnissen zu stehen, die den Anfang einer Ueberleitung unsrer Blockadewirtschaft auf Weltmarktverhältnisse gestatteten. Man hat mit einer Senkung der Preise auf dem Weltmarkt gerechnet, während in Wirklichkeit eine Steigerung eingetreten ist. Man hat auch wohl eher an eine Besserung, als an eine so rapide Verschlechterung der deutschen Valuta geglaubt, wie sie jetzt eingetreten ist. Die Experimente sind mißglückt und wir müssen die Lehre daraus ziehen, daß das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen noch nicht reif zur völligen Befreiung aus der Uebergangswirtschaft ist."

Nun stehen wir vor der Tatsache, daß Hafer und Heu ins Ausland gehen, daß Brotgetreide verfüttert wird, daß die Leder- und Schuhpreise eine Höhe erreicht haben, daß sich kein Arbeiter mehr ein Paar Stiefel kaufen kann, daß der Zentner Wolle im Großhandel etwa 1200 M. kostet, daß der Wert der deutschen Mark im Ausland einen unerhörten Tiefstand erreicht hat. Das sind die Erfahrungen, von denen ich eingangs sprach.

Vor neun Wochen hätte keine Zeitung der handelspolitischen Richtung des Berliner Tageblatts geschrieben, daß unser Handel noch ein stark kontrollierter Handel sein müsse, daß das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen noch nicht reif sei zur völligen Befreiung aus der Zwangswirtschaft. Nur die Frankfurter Zeitung hat damals auf die schweren Bedenken hingewiesen, die dem freien Devisenhandel entgegenstehen, nicht das Berliner Tageblatt. Dieses schrieb noch am 9. Juli, es sei im Interesse des solchen Außenhandels dringend geboten, mit der Aufhebung der Devisenordnung unverzüglich vorzugehen, oder doch, wenn das erst nach dem Friedensschluß möglich sei, die beabsichtigte Aufhebung mitzuteilen, damit sich der Handel darauf einrichten könne. Lediglich bezüglich gewisser Luxusartikel könne ja die Einfuhr von besondrer Erlaubnis abhängig gemacht werden. Und am 12. Juli schrieb das Berliner Tageblatt, die Aufhebung der Devisenordnung an eine strengere Kontrolle der Ein- und Ausfuhr zu knüpfen — wie ich es wollte —, sei der kriegswirtschaftliche Bureaukratismus in verstärkter Form. Weiter wurde betont, daß die Rücksichten, die man während des Krieges dauernd auf die Valuta nehmen zu müssen glaubte, heute ziemlich hinfällig erschienen. Die „hinfälligen" Rücksichten auf die deutsche Valuta haben es seitdem bewirkt, daß hundert holländische Gulden am 18. September 1919 eintausendzweiundfünfzig Mark und 63 Pfennig kosteten, gegenüber 558,66 Mark am 8. Juli 1919.

Am 16. Juli schrieb die gleiche Zeitung bezüglich der Freigabe der Lederwirtschaft, daß schon auf die Nachricht von der Freigabe die Schleichhandelspreise bedeutend sinken würden; die Aufhebung der Blockade werde sie weiter drücken. Wenn die Regierung kaufmännischen Blick besäße, hätte sie die Freigabe der Wirtschaft in dem Moment proklamieren müssen, wo die Blockade fiel. — So könnten die Beispiele bis ins ungemessene vermehrt werden, doch die gebrachten zeigen, was auf die Argumente der Leute des freien Spiels der Kräfte zu geben gewesen ist. Es muß für unsre Genossen in der Regierung bitter sein, aus dem Munde solcher Leute nun hören zu müssen, daß sie eine Politik der verfehlten Experimente getrieben haben. Freilich sind sie mitsamt den bürgerlichen Mitgliedern des Kabinetts der Meinung gewesen, daß sie vor Weltmarktverhältnissen mit sinkenden Preisen stünden. Meine dagegen erhobene Stimme ist ungehört verhallt, namentlich den lauten Rufen der Männer vom Schlage des Berliner Tageblatts, dem Gothein und Dernburg gegenüber. Diese sind es gewesen, die die Politik durchzusetzen versuchten, die jetzt vom Berliner Tageblatt als eine solche verfehlter Experimente bezeichnet wird.

Am 12. Juli meinte das Berliner Tageblatt, die Planwirtschaft, wie ich sie gewollt habe, wäre nichts anders gewesen, als die Fortsetzung der kriegswirtschaftlichen Praxis, also eine ängstliche Rationierung der Einfuhr und eine gerade solche Behandlung der Valuta. Mir klingt's heute wie ein Lob, wenn ich das lese. Hätte man ängstlich die Einfuhr rationiert und ebenso die Valuta behandelt, dann hätte das Sinken der Valuta nicht eintreten können, wie es bei dieser Politik der verfehlten Experimente nun leider der Fall ist. Sollten wir uns nicht nunmehr grundsätzlich die Ohren verschließen vor der volkswirtschaftlichen Weisheit, wie sie z. B. der Reichsschatzminister a. D. Gothein verkündet. Noch jetzt verkündet. Am Tage nach dem Erscheinen des wenigstens einige volkswirtschaftliche Einsicht verratenden Artikels des Berliner Tageblatts in Nr. 437, in Nr. 438, nimmt dieser Herr zu dem Sturz der deutschen Valuta Stellung. Und er beginnt mit dem Satze daß das weitere starke Sinken der deutschen Valuta auf einen noch nicht dagewesenen Tiefstand „äußerst peinlich berühre". Freilich, muß das peinlich wirken, nachdem man das Gegenteil als das Ergebnis der vorgeschlagenen man wirklich befolgten und naturnotwendigerweise fehlgeschlagenen Politik behauptet hatte. Aus diesem Artikel spricht eine volkswirtschaftliche Naivität, wie man es von einem „Reichsschatzminister a. D." eigentlich nicht erwarten sollte. In anderm Zusammenhange werden wir noch einmal darauf zurückkommen. Trug sich ist es nur für das Volk daß ein solcher Mann einen solchen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben konnte.

Was soll denn nun werden? Soll nicht die Lehre aus diesem verfehlten Experiment gezogen werden? Sollen und wollen wir nicht zu einer wirklich planvollen, nicht schwankenden Wirtschaftsführung kommen? — Es würde verhängnisvoll sein, wenn das haltlose Schwanken der Handelspresse, wie es sich aus dem Nebeneinander der Auffassungen in den beiden Artikeln des Berliner Tageblatts in den Nrn. 437 und 438 ergibt, die Regierung hinderte, sichere Wege zu gehen.

•

Der Valutasturz

Genosse Wissell setzt sich unter obenstehender Ueberschrift in einem weiteren Artikel im Vorwärts mit seinem ehemaligen Ministerkollegen Gothein auseinander. Wir geben hier den Schluß dieses Artikels wieder. Die Anschauungen, die Wissell hier mit aller Schärfe vertritt, decken sich in ihren Grundgedanken mit den Ansichten, die wir in den letzten Monaten immer wieder in den Spalten unsres Blattes verfochten haben. Hoffentlich verhallen die Warnrufe Wissells bei Volk und Regierungen nicht ungehört. Wissell schreibt:

Ich bin ganz der Meinung des Herrn Gothein, daß Arbeiten das A und O für uns bedeutet. Nebenher muß aber eine sparsame Wirtschaft gehen, und zwar nicht nur eine sparsame Wirtschaft in der inneren Verwaltung, sondern eine noch sparsamere Wirtschaft im Konsum nicht absolut gebotener Gegenstände. Wir können uns leider hier im Lande nicht mehr den Luxus erlauben, so zu leben, wie wir im Frieden gelebt haben, und die Völker, die den Krieg gewonnen haben, noch jetzt leben mögen. Das ist traurig, aber nicht zu umgehen. Es ist nicht zu verlangen, daß der einfache Bürger beurteilen kann, was ihm auf diesem Gebiete zukommt. Ein vernünftiges Wirtschaftsregiment muß sichre Gewähr dafür schaffen, daß Dinge, die wir volkswirtschaftlich nicht verbauen können und deren wir uns entraten müssen, dem Konsum gar nicht angeboten werden. Es kann uns also für die Entwicklung unsrer Valuta nur helfen, daß wir nicht nur zuviel einführen, sondern daß wir auch im Konsum von nicht absolut gebotenen Lebens- und Genußmitteln und im Verbrauch von Gegenständen zur Sparsamkeit erzogen werden.

Irgendeine Planwirtschaft müssen wir treiben, und selbst in Dingen, die anscheinend mit der Valuta nichts zu tun haben, um bei dem hier behandelten Thema zu bleiben, prüfen, wie sie, wenn auch nur später, auf die Valuta wirken werden. Ein Beispiel! Unser Brot ist in den letzten Wochen teilweise scheußlich gewesen. Kein Wunder! Bis zur Höchstgrenze ist das Korn ausgemahlen worden, es ist mehr oder weniger feucht hereingenommen und dann zum Teil schlecht geworden. Ein Brot aus solchem Mehl mußte schlecht sein. Das Brot soll nun verbessert werden, daß das Getreide weniger scharf ausgemahlen wird. Das klingt im ersten Augenblick verständlich. Und doch ist der Plan nicht gut. Die jetzige Roggenernte ist eine qualitativ ganz vorzügliche, das Korn ist völlig trocken. Bei Verwendung dieses Korns wird auch bei der bisherigen Ausmahlung ein ganz vorzügliches Brot zu erwarten sein. Es liegt also kein Grund vor, eine geringere Ausmahlung erfolgen zu lassen, denn sie bewirkt einen größern Verbrauch der Getreides und würde die Zukunft mit neuen Einkäufen und damit auch die Valuta belasten. Die bei einer größern geringeren Ausmahlung abfallenden Futterstoffe rechtfertigen sie an sich nicht.

Ich weiß, meine Vorschläge sind für das Volk bitter, aber es gibt keine andern, wenn wir aus dem Elend heraus wollen. Wir müssen das tun, was notwendig ist, so gern wir andres tun möchten. Und wir können es nur, wenn wir eine zielklare, bewußte, eine planmäßige Wirtschaftspolitik treiben. Darum kommen wir nicht herum. Heute ist es freilich viel schwerer, wie noch vor zwei, drei Monaten, die Wege zu beschreiten, die dazu notwendig sind. Die Kreise, die von wirtschaftlicher Freiheit ihren Vorteil erwarten, werden sich mit allen Mitteln gegen ihre Bindung wehren. Jetzt ist ihnen der Appetit zum Essen doppelt gekommen. Aber mehr noch wie während des Krieges verlangt die augenblickliche, durch den Valutasturz noch verschlechterte wirtschaftliche Lage eine zielbewußte Leitung der deutschen Volkswirtschaft nach Gesichtspunkten, die über das Interesse des einzelnen Unternehmens und über das Interesse der einzelnen Gewerbegruppe hinaus das Interesse der gesamten Volkswirtschaft zur Richtschnur haben. Das ist möglich auf einem andern Wege als den der bureaukratischen Zwangswirtschaft, die den Widerstand der Wirtschafter hervorruft, nämlich auf dem Wege der Selbstverwaltung, bei der das Reich den notwendigen Einfluß durch eine kommissarische Vertretung erhält. Wer sich dann nicht den Rücksichten des Allgemeinwohls fügt, den hat die volle Strenge des Gesetzes zu treffen. Aber es eilt. Lange zu warten duldet die Lage unsrer Wirtschaft, der Stand unsrer Valuta nicht mehr.

Ein Pufferstaat Fiume?

Wilsons Antwort an Italien betreffs Fiume ist in Rom eingetroffen. Er weigert sich kategorisch, den Vorschlag Tittonis, daß Fiume italienisch werden solle und daß der Hafen zu internationalisieren sei, überhaupt in Betracht zu ziehen. Er kommt vielmehr auf seinen früheren Vorschlag der Bildung eines Pufferstaates zurück und auf die Proklamation eines Freistaates Fiume, diesmal unter Verzicht auf ein späteres Plebiszit. Der neue Staat wird von Albona, San Pietro und Susak begrenzt werden. Die Stadt Fiume mit Hafen würde einen Staat im Staate bilden.

Kein Mensch wird behaupten können, daß dieser Vorschlag zur Lösung der schwierigen Frage glücklich genannt zu werden verdient. Wie kurz die Lebensdauer solcher künstlichen Staatengebilde auf dem Balkan zu sein pflegt, haben wir von des Schieberfürsten v. Wied albanischem Abenteuer her noch in der Erinnerung. In Italien scheint man Wilsons Vorschlag auch kaum ernst zu nehmen. Secolo erklärt rundweg, die einzige Möglichkeit, den Konflikt zu lösen, sei die Annexion Fiumes durch Italien. Epoca berichtet sogar, eine neue Partei sei im Entstehen, die d'Annuncio rücksichtslos zu unterstützen gewillt sei. Eine Verständigung mit den Alliierten auf Grund eines italienischen Verzichts lasse das überhitzte Nationalgefühl der Italiener schon heute kaum noch zu.

•

Die Sitzung des italienischen Kronrats

Ueber die Sitzung des Kronrats meldet der Corriere della Sera noch folgendes: Nach Nitti und Tittoni ergriff Giolitti das Wort und führte aus, es sei ein volles Vertrauensvotum für das Ministerium eine Notwendigkeit, weil ein Kabinettswechsel die Kapitulation der Staatsgewalt vor einer gewalttätigen Minderheit bedeute. Ferner sei eine schleunige Demobilisierung vonnöten, um eine gefährliche Mißstimmung in Heer und Flotte zu bekämpfen. Weiter sei die Besetzung von Fiume durch reguläre Truppen zu veranlassen, um den tollen Streich d'Annunzios zu paralysieren. Die Besetzung solle andauern, bis mit den Alliierten und mit Amerika ein bindendes Einvernehmen erzielt sei. Sodann wäre die Auflösung der Kammer nach der Sitzung am 28. September zu erklären und Neuwahlen am 8. November vorzunehmen. Giolittis Ausführungen stießen auf vielseitigen Widerspruch. Bissolati schlug die Vertagung der Wahlen vor. Neuwahlen unter dem Zeichen „Fiume" wären sowohl für die innere, wie für die äußere Politik Italiens gefährlich. Darauf lehnte die Mehrheit des Kongresses und auch Nitti von der These sofortiger Neuwahlen ab. Laut Secolo überwog im Kronrat die Tendenz, das Fiumeproblem energisch in Angriff zu nehmen und in nationalistischem Sinne durchzuführen. D'Annunzio seinerseits gab die Erklärung ab, er werde Fiume erst verlassen, wenn die Annexion vollzogen sei.

Nach dem Kronrat fand ein Ministerrat statt, in dem Nitti über die Beschlüsse des Kronrats berichtete. Nitti hob außerdem die unbedingte Notwendigkeit hervor, daß schon aus Rücksicht auf die Alliierten und Amerika die Friedensverträge schnellmöglichst ratifiziert werden müßten.

General Garibaldi erklärt in den Zeitungen, er bedauere, d'Annunzio nicht zuvorgekommen zu sein. Auch er habe die Besetzung Fiumes bereits vorbereitet gehabt, jedoch würde er dabei größere Weisheit haben walten lassen.

Der Streik im Reiche

Der Metallarbeiterstreik nimmt zu

Berlin, 26. September. Nach den Abendblättern gewinnt der Streik der Metallarbeiter an Ausdehnung. Vor allem beginnt die Streikbewegung der Heizer Schule zu machen. In den Berichten wird stark damit gerechnet, daß die Heizer auch dieses Werk stillegen werden, doch sind von den Heizern Schritte noch nicht getan worden. In der Fabrik der AEG. in der Brunnenstraße, sowie in den Imperatorwerken haben die Heizer die Arbeit heute niedergelegt, sodaß diese Werke vollständig stillliegen.

•

Ausschreitungen in Stettin.

Lübeck, 27. September. Hier kam es zu schweren Ausschreitungen, wobei Arbeitswillige schwer verletzt wurden. Die Anhänger des Deutschen Seemannsbundes sperrten eine Kette quer über den Hafen, um jeden Schiffsverkehr unmöglich zu machen. Da die Schutzleute dem Treiben dieser Leute keinen Einhalt tun konnten, wurde die Einwohnerwehr alarmiert, die das ganze Hafengebiet besetzte und die Haupträdelsführer des Seemannsbundes kurzerhand festnahm. Die Einwohnerwehr sorgte dann auch dafür, daß die Arbeitswilligen wieder zur Arbeit zurückkehren konnten.

Hamburg, 26. September. Von den wegen des Streiks der Seeleute seit einigen Tagen aufliegenden Fischdampfern haben heute drei ihre Fangnetze wieder aufgenommen, weitere werden folgen.

Streik in den Opel-Werken.

Frankfurt a. M., 27. September. Die Arbeiter der Firma Opel in Rüsselsheim haben den Schiedsspruch nicht angenommen und sind über den Kopf der Gewerkschaften hinweg in den Ausstand getreten.

Vereinbarungen im Ruhrbergbau.

Essen, 26. September. Der Zechenverband hat folgenden Vorschlag der Vertreter des Arbeitnehmerverbandes zugestimmt: Die Gedingsarbeiter erhalten ab 1. Oktober eine weitere feste Schichtzulage von 3 M., die Handwerker und alle übrigen Arbeiter über Tage, namentlich aber auch die Schlepper unter Tage, sollen gleichmäßig mit Wirkung zum 1. Oktober eine nennenswerte Lohnerhöhung erhalten. Die bei den über 21 Jahre alten Schichtlöhnern unter Tage die Zulage der Gedingsarbeiter im Durchschnitt noch übersteigen wird. Die nähere Regelung erfolgt bei den eingeleiteten Tarifverhandlungen.

Aufnahme der Arbeit in Stettin.

Stettin, 27. September. Auf Grund von Abmachungen, die zwischen dem Oberpräsidenten, Oberbürgermeister und dem Arbeiterausschuß der hiesigen Gaswerke gestern abend stattfanden, haben die Gasarbeiter ihre Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufgenommen, nachdem die inzwischen eingetroffenen technischen Hilfstruppen zurückgezogen waren.

Der Landarbeiterstreik.

In Kiel fand am Mittwoch eine Besprechung zwischen den Arbeitgebern im Kreise Eckernförde und der Regierung statt, an der auch der Landrat des Kreises, sowie Vertreter des Volksrates teilnahmen. Von allen Teilnehmern wurde die Notwendigkeit einer sofortigen Hinzuziehung militärischer

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190927/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG